Nach der Ratifizierung der Uno-Behindertenrechtskonvention: Was ist bisher passiert?

«Inklusion bedeutet Weiterentwicklung von Bestehendem»

Mit einem Fingerschnippen lässt sich Inklusion nicht in die Gesellschaft hineintragen. Inklusion braucht Geduld und kostet Geld. Sich an einen Tisch zu setzen mit Menschen mit einer Behinderung: Das bedeutet Inklusion, sagt Friedemann Hesse*.

Interview: Beat Leuenberger

Die Idee, Inklusion in der Schule zu realisieren, ist ein gefundenes Fressen für Politikerinnen und Politiker mit Sparwillen. Sie sagen sich, wenn alle Kinder die Regelschule besuchen, braucht es keine Sonderleistungen mehr. Was entgegnen Sie ihnen?

Friedemann Hesse: Wir müssen über die Perspektive sprechen, die diese Politiker im Auge haben. Wenn sie nur die eigene Legislaturperiode überschauen, in der sie ihr Programm durchsetzen müssen, um wiedergewählt zu werden, ist der Horizont für Inklusion definitiv zu kurz. Inklusion bedingt, dass sich die Anspruchsgruppen einer ganzen Gesellschaft im Bereich der eigenen Tätigkeit auf die Suche machen nach Nischen, in denen



* Friedemann Hesse, 37, ist Institutionsleiter in der Stiftung für Schwerbehinderte Luzern in Emmen. Dieses Interview gab er als ehrenamtlicher Delegierter des Messerats von Swiss Handicap, der Messe für Menschen mit und ohne Behinderung. Sie findet dieses Jahr am 28. und 29. November in der Messe Luzern statt Inklusion gelingen kann. Möglichkeiten gibt es immer und überall. Das müssen keine grossen Würfe sein. Wenn wir nach mehr als 40 Jahren der Spezialisierung Inklusion vermehrt in die Gesellschaft hineintragen wollen, müssen wir uns über die Gestaltung und die gelebte Praxis Gedanken machen. Das geschieht nicht mit einem Fingerschnippen und ist kurzfristig auch nicht günstiger zu haben. Ein solches Gesellschaftsprojekt aufzugleisen, braucht seine Zeit. Denken wir zum Beispiel daran, Inklusion in die Bildung, in die Schule hineinzubringen, müssen wir als Erstes die Frage klären, welche Ausbildung die Fach- und Lehrkräfte brauchen, damit sie den Aufgaben gewachsen sind. Bis das Schulsystem fit ist für die Inklusion, braucht es Ressourcen, Zeit, Geld und engagierte Menschen.

Manche Kantone praktizieren zurzeit integrative Schule, in der Heilpädagoginnen Schüler mit einer Beeinträchtigung speziell betreuen. Dies macht sie zu bunten Elefanten in der Klasse. Ist das nicht das Gegenteil von Inklusion.

Das ist eine spannende Frage, eine Frage der Betrachtungsweise. Was aber sicher nicht geht, ist, von einem Tag auf den anderen Inklusion als Produkt einzuführen. Wem Inklusion wichtig ist, der muss sich vor Ort in die Praxis begeben und mit einer fachlichen Begleitung die Ist-Situation analysieren und herausfinden, was der Veränderungsprozess konkret bedeutet. Jedenfalls bedeutet es nicht, das ganze Wissen der sonderpädagogischen Einrichtungen über Bord zu werfen und von vorne zu beginnen. Inklusion als Leitgedanke der Uno-Behinderterechtskonvention bedeutet lediglich: Überprüft eure Haltung, eure Angebote und die heutigen Bedürfnisse grundlegend. Ist die Bereitschaft vorhanden, sich damit auseinanderzusetzen? Die Beteiligten müssen sich darauf einlassen, dass dieser Prozess viel Arbeit bedeutet.

Steht am Ende dieses Prozesses die Auflösung aller Institutionen?



«Sich am ganz Normalen orientieren, zum Beispiel am Feiern – das ist Inklusion»: Die «Weidliband» an der «Swiss Handicap» 2013.

Foto: Swiss Handicap

Nein, Inklusion heisst niemals die Auflösung der Institutionen einer Gesellschaft. Vielmehr sollten wir uns im Klaren sein, dass es um deren Weiterentwicklung durch Vielfalt geht und durch sinnvolle Veränderungsprozesse in einer Übergangszeit. Wir sollten an die Menschen denken – in der Schule sind es die Kinder –, die direkt von gesellschaftlichen Veränderungen betroffen sind. Was machen Veränderungen mit Schülern, und wie bereiten wir sie darauf vor? Brauchen sie Begleitung und

Schutz vor einem System, das noch nicht parat ist? Schnipp! Inklusion! Klappt nicht. Dazu ist ein Prozess nötig.

Kritiker der Inklusion sagen, niemand habe bis heute einen konsensfähigen Begriff davon, was unter Inklusion zu verstehen sei. Sind Sie anderer Meinung?

Inklusion ist meiner Meinung nach der Leitgedanke und die Grundlage der Uno-Behindertenrechtskonvention. Dieser Leitgedanke orientiert sich an der vollen Partizipation und der Lebensqualität der Menschen mit und ohne Behinderung. Er fordert dazu auf: Arbeitet an eurer Haltung, überprüft sie, setzt auf Weiterentwicklung mit den Menschen, die direkt betroffen sind. Holt die Experten an Bord, nämlich die, die direkt betroffen sind, bindet sie ein, findet mit ihnen und den Spezialisten heraus, wo es Nischen gibt im gesellschaftlichen Kontext – auch um kleine Veränderungen zu erreichen. Das alles bedeutet für mich Inklusion und zwar als gesellschaftlicher Entwicklungsprozess, angelegt über Jahre und Jahrzehnte. Es ist eine individuelle Haltung: Will ich mich überhaupt mit dem Thema «Menschen mit

ren, die Spezialistinnen und Spezialisten – nur die, die das besonders gut können. Mit mir hat Inklusion nichts zu tun.

Wie beurteilen Sie den Stand der Dinge? Findet in der

Behinderung» und deren Einbindung in einen gesellschaftlichen

Dialog auseinandersetzen? Oder sage ich: Das machen die ande-

Wie beurteilen Sie den Stand der Dinge? Findet in der Gesellschaft eine Auseinandersetzung statt mit der Behindertenrechtskonvention?

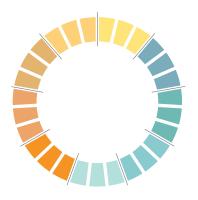
Neuland für die Schweiz ist es nicht – Menschenrechte gibt es schon länger, und es gibt seit zehn Jahren das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Das heisst, die Schweiz setzt sich schon lange mit dem Thema auseinander. Neu wäre, wenn wir als Gesellschaft gemeinsam den Dialog suchen würden. Ich persönlich bin in der Interessengemeinschaft Inclusion Suisse

involviert. Sie ist heute mit über 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern unterwegs und setzt sich mit allen Anspruchsgruppen für die Förderung der Leitgedanken im Sinne der Behindertenrechtskonvention ein. Nicht nur die Dachverbände sind dabei, sondern, breit abgestützt, viele Mitglieder der zivilen Gesellschaft und vor allem auch die Selbstvertreter. Die Bereitschaft zum Dialog auf Augenhöhe ist nach meinem Wissen vorhanden.

Seit wann gibt es diese Plattform?

Wir arbeiten im zweiten Jahr und haben uns in diesem April formiert, als die Schweiz die Uno-Behindertenrechtskonvention unterzeichnete.

«Um die Schule fit zu machen für die Inklusion, braucht es Leute, Ressourcen, Zeit und Geld.»



Landkarte der neun Themenbereiche und 27 Themenfelder an der «Swiss Handicap»

Die neun Themenbereiche und 27 Themenfelder werden durch interdisziplinäre Praxis- und Wissenschaftsexperten vertreten und widerspiegeln somit die Lebens- und Themenwelt. Sie basieren auf der Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK).

Frieden und Menschlichkeit, Freiheit und Sicherheit aller Staatsangehöriger durch Anerkennung vor dem Recht			
1	Politik für Chancengleichheit, Gleich- berechtigung und Nichtdiskriminierung von Frauen und Männern sowie Zugang zur Justiz	Ethik und das Recht auf Leben	Religion, Seelsorge und Spiritualität
	Integrierte Gesundheitsbegleitung und Schutz der Unversehrtheit vor Gewalt und Missbrauch		
2	Klinische und teilstationäre Spezialversor- gungssysteme/Rehabilitation – Spitäler – Kliniken – Sozialpsychiatrien	Ambulante und regionale Grundversor- gung/Hausarzt – Apotheken – Spitex – Therapien	Leistungsträger der Kranken-, Invaliden-, Unfall-, Arbeitslosen- und Altersversiche- rung sowie Sozialhilfe
	Unabhängige Lebensführung und Einbezug in die Gemeinschaft		
3	Ambulante Fachberatung und Unterstützungsangebote/Prävention	Interessenvertretungen für Familien und Angehörige/gesetzliche Vertretungen	Selbstvertretung durch Empowerment und Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben
4	Achtung des Wohnraums und angemessener Lebensstandard, Zugänglichkeit im Wohnumfeld und Privatsphäre		
4	Kinder-, Jugend- und Familienarbeit	Heime, aussenbetreute Wohnformen und Assistenzmodelle	Alters- und Langzeitbetreuung von älterwerdenden Menschen
_	Diversity durch Arbeitsmehrwert und Leistungsanerkennung		
5	Instituionen und Arbeit in Werk- und Tagesstätten	Betriebliche Eingliederung und Beschäftigungsangebote	Wirtschaft und Unternehmen
Bewegung, Erfahrung und Wahrnehmung			lung
O	Sport, Spiel und Aktivitäten	Freizeit, Erholung und Tourismus	Kultur, Kunst und Musik
	Kompetenzentwicklung, Habilitation und Bewusstseinsbildung		
7	Schulbildung – Erstausbildungs- und Lehrwerkstätten/Betriebe und Berufs- schulbildung	Fort- und Weiterbildungsträger/ höhere Berufsbildung, Diplomstufe und höhere Fachschulen	Bildung und Wissenschaft/ Fachhochschulen und Universitäten, ETH
	Qualitätsstandard, Accessibility Consulting und Assistenz Service		
8	Qualitätsmanagement, Datenauswertung und anerkannte Schutzvorschriften (Regulatory Affairs)	Zugang zur Barrierefreiheit in IC-Technologie – Kommunikation – Mobilität – Raumplanung	Industrie, Herstellerbetriebe, Hilfsmittel- unterstützung und Servicedienstleister
	Zivilgesellschaft und Kooperation		
9	Führung und Unterstützung der Begleitenden / Responsible Leadership	Förderung des Engagements / Ehrenamt – Benefits – Sponsoring und Spenden	Prozessplanung und Partnerschaftliche Vernetzung im Ausland und humanitäre Hilfe

Sehen Sie schon Anzeichen dafür, dass sich die Kantone und Gemeinden daran machen, die eine oder andere Forderung oder Massnahme der Konvention umzusetzen?

Nein, nein. Die Umsetzung geht nicht so schnell. Der nächste Schritt ist meines Erachtens der Aufbau einer gemeinsamen und neutralen Dialog-Netzwerk-Plattform, um die zukünftigen koordinativen Aufgaben zu besprechen. Dafür zu sorgen, Leute von Bund, Kantonen und Gemeinden an einen runden Tisch

zu bringen, damit es zum ersten Mal gelingt, sich gemeinsam auszutauschen über Inklusion. Der Stand heute ist, dass sich viele Spezialisten, Experten, Dachverbände und Trägerschaften Inklusion auf die Fahne schreiben. Damit signalisieren sie, dass sie an einer Auseinandersetzung interessiert sind. Doch der Konsens und der runde Tisch fehlen noch.

Gibt die Behindertenrechtskonvention vor, was zu tun ist?

Sagen wir einmal so: Die Schweiz hat das Dokument als Staat ratifiziert und sich somit verpflichtet, die Weiterentwicklung in Richtung der Konvention zu fördern. Darin enthalten ist ein Monitoring, in dessen Rahmen die Schweiz Auskunft geben muss, was sie in Angriff genommen oder realisiert hat. Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung wird regelmässig einen Bericht dazu verfassen und ihn vor der Staatengemeinschaft vertreten. Die Schweiz muss also schon etwas vorweisen.

Ende November findet zum zweiten Mal die «Swiss Handicap» statt, die Messe für Menschen mit und ohne Behinderung. Warum engagieren Sie sich als Mitglied des Messerats dafür?

Ich finde die Idee spannend, eine Begegnungsplattform aufzubauen, die einen Austausch ermöglicht, auf der man sich bei verschiedenen Themen und Anlässen begegnet. Der Ausstellerbereich ist ein Teil der Messe. Daneben gibt es Begegnungen auf Podien, Fachvorträge und Events für Familien und Angehörige. Dieser Dialog interessierte mich. Die Initianten luden mich ein, mich zu beteiligen, und ich machte

den Vorschlag, ein Beiratsgremium als Messerat aufzubauen, um möglichst viele Vertreter von Trägerschaften, Institutionen und Selbstvertreter einzubinden. Denn das Thema ist inhaltlich definitiv kein leichtes. Das Gremium sollte die Kernthemen der ersten Messe vorgeben, nach der Messe Verbesserungsvorschläge machen und die Kernthemen 2014 mitgestalten.

Wie viele Leute konnten Sie für ein Engagement motivieren?

Wir sind mit 15 Personen gestartet. Heute zählt der Messerat 26 Personen. Nicht nur die rein klassischen Behindertenvertreter, Institutionen und Dachverbände engagieren sich darin, sondern er besteht aus einem Mix mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Forschung und Bildung. An der ersten Sitzung 2013 kamen wir überein, uns thematisch an der Uno-Behinderten-

rechtskonvention zu orientieren. Über viel Austausch und Rückmeldungen stellten wir eine sogenannte Messerats-Landkarte mit 9 Themenbereichen und 27 Themenfeldern auf die Beine. Die Grundlage lieferte uns die Konvention, die wir in den Kontext der Schweiz einflochten und versuchten, sie in eine bodenständige Sprache zu fassen, mit der sich die Leute identifizieren können.

Werden alle diese Themenbereiche und -felder an der Messe abgebildet?

Sie sind in Schwerpunkten vertreten. Alle abzubilden, würde den Rahmen sprengen. Aber wenn wir die Messe regelmässig durchführen, können wir Vergessengegangenes nachholen.

Welches Thema kommt 2014 neu hinzu, das 2013 gefehlt hat?

An der Messeratssitzung wurde die psychische Gesundheit als ernsthaftes Thema benannt. Psychische und chronische Erkrankungen bei Mehrfachbehinderung ist ein Randgebiet in der Arbeit mit Menschen mit Behinderung, macht sie aber noch komplexer. So entschlossen wir uns, in das aktuelle Themen-

feld Arbeit und Wirtschaft die psychische Gesundheit einfliessen zu lassen.

Die erste Messe haben Sie hinter sich. Für die zweite, die Ende November über die Bühne geht, engagieren Sie sich auch wieder. Trägt eine solche Messe zur Inklusion bei?

Ja, davon bin ich überzeugt. Im Ausstellungsteil haben die Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit, Trends zu sehen und neue Themen kennenzulernen. Der Bereich «Event und Begegnung» trägt dazu bei, Leuten und Familienmitgliedern, die keine Behinderung haben, Zugang zu verschaffen zur Lebenswelt von Menschen mit Behinderung, von Menschen mit starken Einschränkungen. So kann es gelingen, Brücken zur

Gesellschaft zu schlagen.

Dass dies an einer derartigen Messe möglich ist, hat sich demnach im vergangenen Jahr bewahrheitet?

Ja, das war möglich, weil niederschwellige Angebote den Besuchern ohne Behinderung und den Angehörigen von Menschen mit Behinderung die Angst nehmen. Der Anlass ist ja ein

freudiger, an dem man sich mit seinen Anliegen zeigen und darüber sprechen kann.

Kommen auch Leute, die nicht direkt in der Familie mit Behinderung zu tun haben?

An der «Swiss-Handicap-Night» im vergangenen Jahr mit Livemusik, Festen und Feiern, Spass und Partystimmung waren viele Besucherinnen und Besucher anwesend, die den Bereich Menschen mit Behinderung vorher nicht kannten. Ich staunte nicht schlecht: Die Leute genossen ganz einfach den Abend der Begegnung. Das durchmischte Publikum war nah beieinander, Behinderung war kein Thema – tatsächlich eine bodenständige Umsetzungform von Inklusion, wenn es gelingt, sich am ganz Normalen zu orientieren wie zum Beispiel beim Feiern.

«Es ist eine bodenständige Form von Inklusion, sich am Normalen zu orientieren.»

«Der Leitgedanke

der Inklusion fordert

dazu auf: Holt die

direkt Betroffenen

an Bord.»

Besteht dabei nicht die Gefahr der Banalisierung von Behinderung?

Nein. Der Anlass ist zwar eine Begegnungsveranstaltung für alle, aber nicht nur, sondern es gibt auch die Podien und Fachvorträge, auf denen ernsthafte Fragestellungen zur Sprache kommen. An der Messe sind alle Trägerschaften und Institutionen eingeladen, sich einzubrin-

gen mit Inhalten, Anliegen und Themen, die heute Selbstbestimmung, Teilhabe oder Assistenz heissen.

Die Aussteller zeigen an der Messe unter anderem ihre soziotechnischen Produkte. Denken Sie, dass auch diese Hilfsmittel zur Inklusion beitragen?

Ob unterschiedliche Menschen einander akzeptieren, bestimmen sie hoffentlich immer noch selbst. Aber Technologien wie etwa die Unterstützte Kommunikation können Menschen mit einer schweren geistig-körperlichen Mehrfachbehinderung helfen, sich mitzuteilen. Technische Hilfsmittel wie Augensteuerung ermöglichen Menschen, die sonst völlig abhängig wären, ihren Willen zu bekunden. Das erleichtert ihnen den

Alltag immens und bedeutet Lebensqualität. Natürlich wäre es auch ein riesengrosser Fortschritt, wenn es gelingen würde, Menschen mit einer schweren Behinderung mobiler zu machen, sodass sie selbst mit einem Hilfsmittel von Punkt A nach Punkt B gelangen könnten und nicht immer und überall auf direkte menschliche Ressourcen angewiesen wären. An der Messe gibt es auf dem Podium natürlich auch die Diskussion, wer das alles finanzieren soll.

Gibt es Antworten darauf? Ist alles für alle bezahlbar?

Aus meiner Sicht ist in der Schweiz immer noch viel Gutes mög-

lich. Das muss man als wertvoll anerkennen. Aber wir werden uns darum bemühen müssen, diesen Zustand zu halten. Das Potenzial ist vorhanden, die Frage bleibt, ob weiterhin die Bereitschaft besteht.

Was können die Institutionen verbessern, wie können sie die Selbstbestimmung der Bewohnerinnen und Bewohner fördern – und damit die Konvention ein Stück weit umsetzen?

Die klassische Herangehensweise ist sicher die, dass wir Inklusion zum Thema machen bei unserer Arbeit und in den Organisationen. Ich selbst muss bereit sein, mich in eine Auseinandersetzung zu begeben. Das ist der allererste Schritt. Danach geht es um die Standortbestimmung am runden Tisch und um die Sensibilisierung der Menschen, die nicht direkt von einer Behinderung betroffen sind – der Mitarbeitenden und Kollegen. Mit ihnen müssen wir Organisatonsentwicklung betreiben, abklären, welche Bedürfnisse die Bewohnerinnen und Bewohner haben – etwa das Bedürfnis, sich zu beteiligen und mitzubestimmen. Inklusion ist nichts mehr als Weiterentwicklung von Bestehendem.

Ist Inklusion ein inklusiver Prozess? Sollen alle mitreden?

Das wäre möglicherweise zu viel gewollt für manche Institution. Es geht in erster Linie um die Haltung: Wollen wir die

Bedürfnisse und Vorstellungen von Qualität unserer Bewohnerinnen und Bewohner, für die wir einen Auftrag haben, überhaupt hören? Sollen sie sich überhaupt äussern dürfen? Darüber streitet heute wohl fast niemand mehr. Doch den Prozess zu realisieren, Nischen zu finden, Massnahmen umzusetzen im Alltag, das ist das Schwierige.

Warum reicht eigentlich die Integration nicht? Was ist Inklusion mehr?

Für mich ist Inklusion die gesellschaftlich gewollte Weiterentwicklung der Integration. Integration behält das Thema Behinderung in einem Schublädli. Alles, was besonders ist, bearbeiten die Spezialisten in einem speziell definierten Segment.

Und was ist Inklusion?

Der Leitgedanke der Inklusion ist die Einbindung der Experten, der Menschen also mit einer Behinderung, die für ihre Lebensqualität zuständig sind, auch wenn sie sich möglicherweise nicht direkt äussern können. Sie stehen im Zentrum, genau so wie die Menschen ohne Behinderung auch. Spezialisten sind für sie da, um mit ihnen Rechte und Pflichten, Chancen und Risiken, Möglichkeiten und Grenzen auszumachen.

Inklusion ist in der Schweiz föderalistisch organisiert. Gibt es Ihrer Erfahrung nach Hochburgen der Inklusion wie in Deutschland, wo die Stadt Mainz eine Vorreiterrolle spielt?

Nein. Inklusion braucht keine Hoheitsgebiete. Es gibt überall Menschen, die sich für Inklusion engagieren. Inklusion ist ein Gesellschaftsanliegen. Und ich bin überzeugt, dass humanistische Werte und ein Blick für Menschen mit Behinderung in

der Schweiz sehr wohl und überall vorhanden sind

Sie haben wiederholt gesagt, es müsse eine Entwicklung in Gang gebracht werden. Wie weit soll denn diese Entwicklung gehen? Etwa so weit, dass man die Behinderung gar nicht mehr beim Namen nennt, und zum Beispiel geistige Einschränkung als «anders-

begabt» bezeichnet? Ist das nicht Inklusionskitsch?

Das weiss ich nicht. Meiner Meinung nach sollte man das, was man sagt, auch verantworten können. Das Wichtige dahinter ist wie gesagt die Haltung und die Verpflichtung zu einer prozesshaften Herangehensweise. Am Anfang sollte der Dialog mit Menschen mit einer Behinderung stehen. Ich kenne Selbstvertreter, die es überhaupt nicht stört, wenn sie als Menschen mit einer Behinderung bezeichnet werden. Warum sollten wir das denn für alle infrage stellen und damit schon wieder die Person als Individuum nicht ernst nehmen? Neben der ganzen Wortklauberei sollten wir uns doch darüber austauschen, warum wir eigentlich am Tisch sitzen und welches die eigenen Interessen und die gemeinsamen Perspektiven sind.

Welches sind die Chancen und Grenzen der Inklusion jenseits von Gesinnungshuberei?

Die Grenze ist, wenn man versuchen würde, den Begriff «Inklu-

sion» in eine starre Definition zu pressen, und wegkommen würde von den Fragen der Haltung, die im Alltag dahinter steht. Es gibt schlechte Beispiele, wo Inklusion missbraucht wird, um Sparpolitik zu betreiben.

Und die Chancen?

Die Chance wäre, wenn es uns gelingt, sich mit Menschen mit einer Behinderung in einen

ernsthaften Dialog zu begeben und zu sagen: Im Rahmen meiner kleinen oder kleinsten Möglichkeiten leiste ich einen Beitrag.

Das tönt wie eine gesellschaftliche Utopie.

Das ist es aber nicht. Wir entscheiden uns im Alltag. Ich kenne genug Beispiele, die gesellschaftliche Anliegen fördern und unterstützen. Mein Beitrag ist, dass ich diese Haltung auch in meiner Institution lebe: Lasst uns auf die Suche gehen nach Nischen und Möglichkeiten. Lasst uns Routinen prüfend hinterfragen. Das muss ich als meinen Auftrag begreifen, mit dem ich direkt etwas bewirken kann.

«Der Blick für Menschen mit Behinderung ist in der Schweiz vorhanden.»

«Wollen wir die

Bedürfnisse der

Menschen mit

Behinderung

überhaupt hören?»